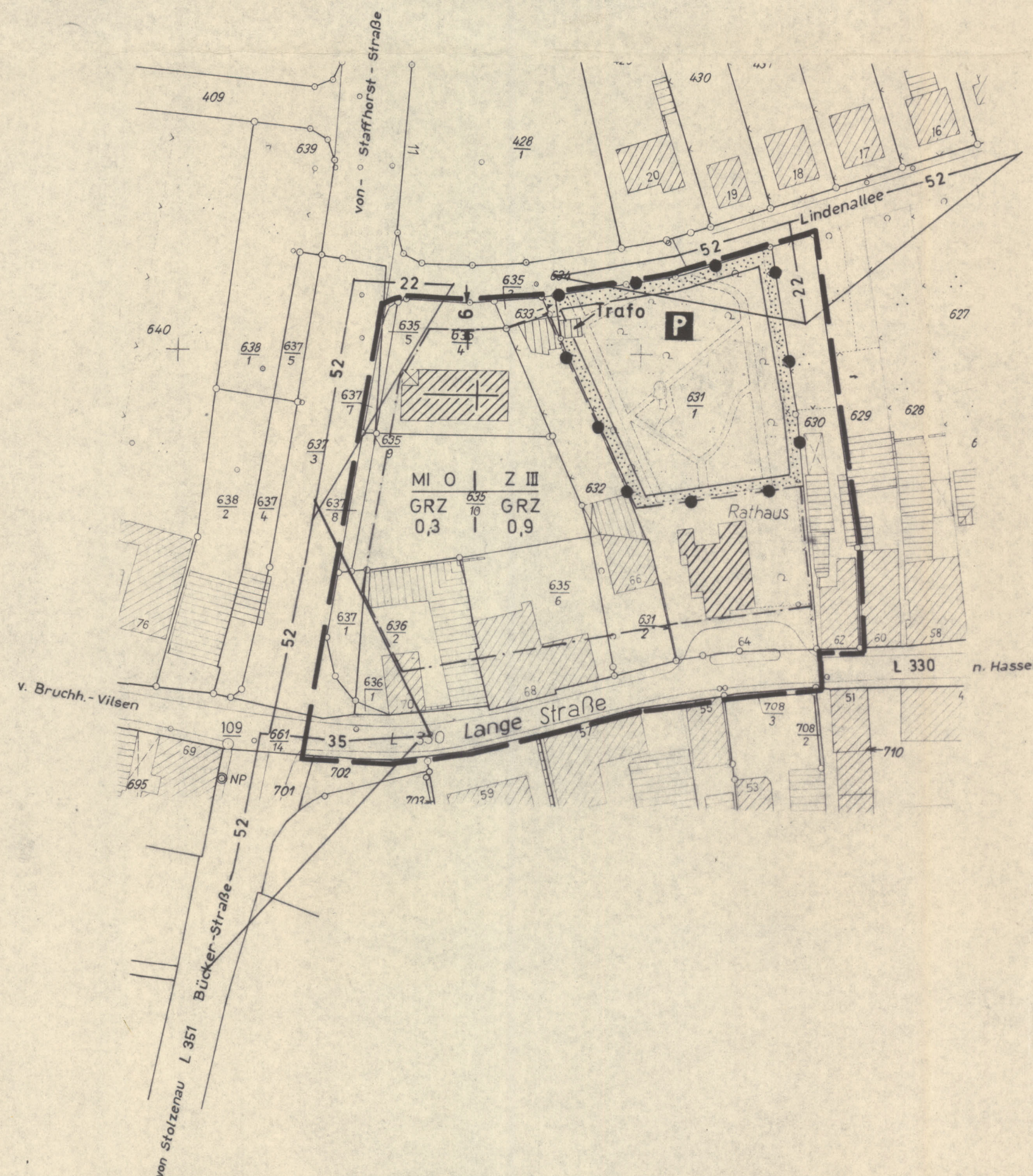


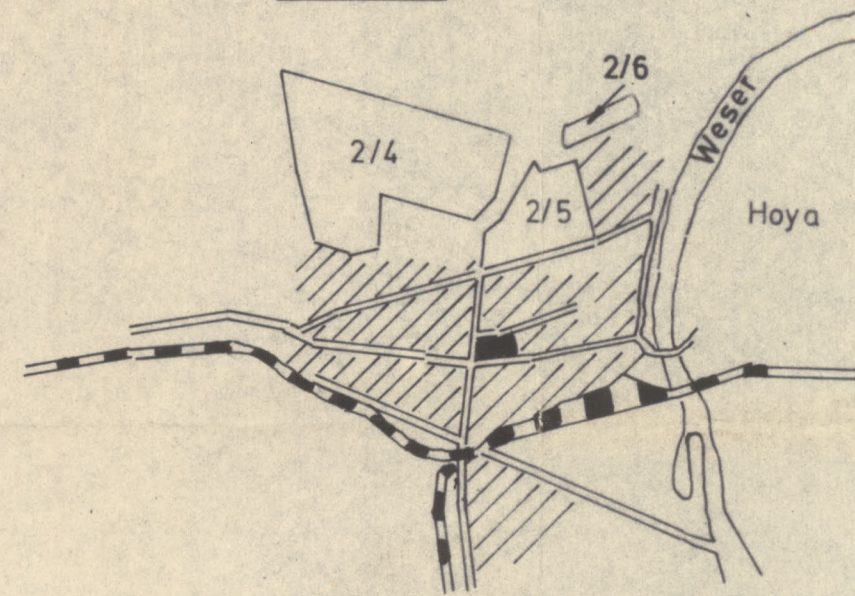
Landkreis Grafschaft Hoya  
Gemeinde Hoya  
Flur 1 (RFK. 0952 A)  
Maßstab 1:1000



Faben- u. Zeichenerklärung  
Rechtsverbindl. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 u 5 BBauG

- Grenze d. räumlichen Geltungsbereiches
- - - Baugrenze
- Straßenbegrenzungslinie
- MI Mischgebiet
- O Offene Bauweise
- Z III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- GRZ Grundflächenzahl
- GFZ Geschossflächenzahl
- Abgrenzung zwischen Gebieten unterschiedl. Nutzung
- [P] Öffentl. Parkfläche
- [ ] Parkanlage
- [ ] Nicht überbaubare Grundstücksfläche
- [ ] Straßenverkehrsfläche

Übersichtsplan  
M. 1: 25 000



BESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, daß dieser Plan vermessungstechnisch einwandfrei ist und daß sich die eingetragene Planung eindeutig in die Örtlichkeit übertragen läßt.



SYKE, den 20. März 1968  
KATASTERAMT

(L.S.)

gez. Unterschrift  
Verm. Ob. Rat

VERMERK

Dem/der Landkreis Grafschaft Hoya in Syke ist die Vervielfältigung unter den mit Schreiben vom 11.3.68 anerkannten Bedingungen gestattet worden.

SYKE, den 11. März 1968

KATASTERAMT

(L.S.)

Dieser Bebauungsplan darf als Lageplan zum Bauantrag nicht verwendet werden, da der Einmessungsantrag für das Bauvorhaben nicht gestellt ist. siehe besond. Abrechnung  
Katasteramt SYKE: Gebühren: DM. Pfg  
Kost. Buch Nr. 152/68-11

BESCHLOSSEN

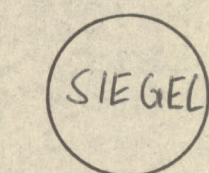
gemäß § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 von der Stadt/Gemeinde Hoya/Weser als Satzung.



Hoya/Weser, den 06. Mai 1968  
gez. Fritze gez. Isenbeck  
Bürgermeister Gemeindegeldrat

GENEHMIGT

gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960.



HANNOVER, den 20.08.1968  
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT  
H VI - Nr. 214-298/68

(L.S.)

im Auftrage  
gez. Reinhold  
Regierungs- und Baurat

BEKANNTGEMACHT

gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960.



Hoya/Weser, den 17. Sep. 1968  
in Vertretung  
gez. Lehmkuhl  
Stadt-/Gemeindegeldrat

VERBINDLICHER BAULEITPLAN (BEBAUUNGSPLAN)  
nach § 9 in Verbindung mit § 30 BBauG

Gem. Nr. 2	Stadt: Hoya
Plan-Nr. 9	Beb.-Plan "Am Rathaus"
BEARBEITET Syke, den 12.3.68	Landkreis Grafschaft Hoya Abt. VI PL. Ortsplanung
Maßstab: 1:1000	
Blattgröße:	
Gezeichnet: W. Schell	
Gesehen:	
Geändert:	Kreisoberbaurat



## O r t s s a t z u n g

der Stadt H o y a , Landkreis Grafschaft Hoya, zum Bebauungsplan Nr. 2/9 "Am Rathaus".

Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I, S. 341) und des § 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4.3.1955 (Nds. GVBl. S. 55) in der z. Zt. gültigen Fassung wird durch Beschluß des Stadtrates vom 6. Mai 1968 folgende Satzung erlassen:

§ 1

§ 1

### Allgemeines

- (1) Die zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 2/9 "Am Rathaus" (verbindlicher Bauleitplan) im Maßstab 1:1000 sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Eine Begründung ohne rechtsverbindliche Festsetzungen ist dieser Satzung als Anlage beigelegt.

### § 2

#### Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ist im Bebauungsplan durch eine starke schwarz gestrichelte Linie markiert.

### § 3

#### Nebenanlagen

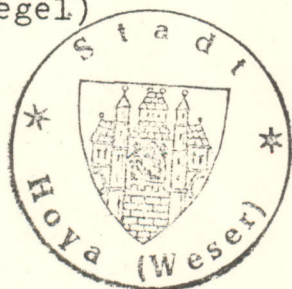
Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind außer Garagen Nebenanlagen nicht zulässig.

### § 4

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tage in Kraft.

(Siegel)



Hoya, den 6. Mai 1968

Im Auftrage des Rates der  
Stadt H o y a

Bürgermeister Stadtdirektor

## B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan Nr. 2/9 "Am Rathaus",  
Stadt H o y a ,  
Landkreis Grafschaft Hoya.

Obiger Bebauungsplan ist im Auftrage der Stadt Hoya von der Planungsabteilung des Landkreises Grafschaft Hoya bearbeitet worden.

Es handelt sich um ein Gelände, das als "Mischgebiet" ausgewiesen wird.

Im Flächennutzungsplan der Stadt ist es für eine Nutzung vorgesehen, die den Festsetzungen dieses rechtsverbindlichen Bebauungsplanes entspricht.

Neben den Festsetzungen des Bebauungsplanes sind u.a. die entsprechenden Vorschriften der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bauordnungsverordnung) vom 26.6.1962 (BGB. I/1962 - Nr. 25) und die Bauordnung für den Regierungsbezirk Hannover in der z. Zt. gültigen Fassung maßgebend.

Eine Befreiung von den zwingenden Festsetzungen des Bebauungsplanes bzw. eine Ausnahmeerteilung richtet sich nach § 31 Bundesbaugesetz.

Bodenordnende Maßnahmen sind voraussichtlich nicht erforderlich. Sollten sie notwendig werden, bildet der Bebauungsplan die Grundlage. Er ist gleichzeitig die Grundlage für eventuelle Enteignungsmaßnahmen.

Der Stadt steht nach Maßgabe des § 24 Bundesbaugesetz u.a. ein Vorkaufsrecht bei dem Kauf von Grundstücken zu, die in dem o.a. Bebauungsplan als Baugrundstücke für den Gemeindebedarf oder als Verkehrs-, Versorgungs- oder Grünflächen festgesetzt sind.

Das Plangebiet ist bereits erschlossen. Die Anlegung des Parkplatzes wird voraussichtlich Kosten in Höhe von 30.000,-- DM verursachen.

H o y a , den 6. Mai 1968



Stadtdirektor